

1. Halten Sie die bisher von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen für den Klimaschutz für ausreichend oder was würden Sie anders machen?

Nein, bislang wurden leider u.a. die Bemühungen der SPD-Bundestagsfraktion für einen weiterreichenden Klimaschutz durch die Unionsfraktion ausgebremst. Das wollen wir in der nächsten Legislaturperiode korrigieren und natürlich sind wir dabei auch auf die Expertise von Interessensorganisationen wie der Ihren angewiesen. Sie wissen: Lange hat unsere Fraktion bereits für ein Klimaschutzgesetz gekämpft. Dafür, dass Klimaschutz rechtlich verbindlich wird. Dafür, dass jeder Bereich genaue CO₂-Einsparziele erfüllen muss – egal, ob Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft oder Abfallwirtschaft. Und dafür, dass es ein Sicherheitsnetz gibt, wenn Ziele verfehlt werden.

Dazu gehört auch ein Preis auf CO₂ – und damit eine Lenkungswirkung beim Verbrauch. Das heißt: Wer bereit ist sich umzustellen, hat auch persönlich was davon. In der privaten Haushaltskasse oder auch in der Unternehmensbilanz: klimafreundliches Verhalten wird sich finanziell rechnen.

Es wäre aber falsch, an erster Stelle die Verantwortung dafür den Menschen zuzuweisen. Damit auch alle mit kleinen und mittleren Einkommen den Umstieg schaffen können, müssen wir vorher die richtigen Rahmenbedingungen schaffen: eine höhere Kaufprämie für Elektroautos zum Beispiel und deutlich mehr Ladesäulen. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, günstigere Tickets, Prämien für den Umstieg auf klimafreundliche Heizungen. Und natürlich müssen wir auch den Ausbau der Erneuerbaren Energien kräftig vorantreiben.

Erst anschließend kann es um eine sinnvolle Lenkungswirkung gehen. Darum ist der Plan „meiner“ Fraktion, mit einem niedrigen Preis auf CO₂ einzusteigen, der bis zum Jahr 2025 langsam ansteigt – genug Zeit, damit alle sich darauf einstellen können.

Mit der richtigen Infrastruktur und der richtigen Umstiegsförderung nehmen wir dann alle mit auf dem Weg zu einer klimafreundlichen Wirtschaft und Gesellschaft. Fortschritt und Zusammenhalt sind zwei Seiten einer Medaille – auch beim Klimaschutz. Die SPD wird dafür sorgen, dass wir unseren Strom spätestens bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen.

2. Der Klimaschutz soll u.a. durch den verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien erreicht werden. Insbesondere der Ausbau der Windenergie steht dabei im Fokus. Wie kann Ihrer Meinung nach die Klimawende umgesetzt werden unter gleichzeitiger Berücksichtigung von artenschutzrechtlichen Belangen und Schutz der Bevölkerung?

Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 wurde ein umfassender Katalog von Klimaschutzmaßnahmen für alle Sektoren beschlossen. Zentrale Elemente sind der Ausstieg aus der Kohleverstromung und die Einführung einer CO₂-Bepreisung auch im Verkehrs- und Gebäudebereich. Jetzt ist der entschlossene Ausbau der Erneuerbaren Energien die wichtigste industrie -und klimapolitische politische Aufgabe unserer Zeit: Wir brauchen bis 2030 ungefähr 100 Terrawattstunden Strom zusätzlich. Um dies zu gewährleisten, müssen sofort die richtigen Regelungen auf den Weg gebracht werden. Das heißt:

- eine umfassende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes
- der schnelle Ausbau der Leitungen und der Windparks auf See (Offshore)
- die umgehende Ausweisung von 2% der Landesfläche in allen Bundesländern für mehr Windkraft an Land.

Das alles ist nur unter anderem unter Rücksichtnahme auf artenschutzrechtliche Belange zu ermöglichen. Deshalb bin ich auch dafür, dieses Zukunftsthema erneut zentral im Bundesumweltministerium anzusiedeln, das (auch) deshalb in Zukunft wieder um den Bereich Energie (und Naturschutz) erweitert werden sollte. Denn die Trennung von Umwelt- und Wirtschaftsfragen, wie es die Union in den letzten vier Jahren vorangetrieben hat, darf es zukünftig nicht mehr geben.

3. Wie stehen Sie dazu, dass Abstände zu Wohnorten und artenschutzrechtliche Verpflichtungen aufgeweicht werden sollen?

Der Entwurf bzw. der endgültige Beschluss von Landesraumordnungsprogrammen etc. sollte immer in enger Abstimmung mit allen Betroffenen (und dazu zählen natürlich auch Verbände wie der NABU), aber eben auch der Anwohner:innen erfolgen. Ich war schon immer ein Freund davon, alle möglicherweise Betroffene eng in entsprechende Entscheidungsprozesse mit einzubinden.

Alleingänge seitens der Bundesregierung, insbesondere seitens der Unionsfraktion, wird es mit mir in Zukunft nicht geben.

4. Moore zu schützen und wieder zu vernässen, ist ein guter Beitrag zum Klimaschutz. Der Großteil der Moore in Deutschland ist trockengelegt, etwa für die Land- oder Forstwirtschaft. Dadurch zersetzt sich nach und nach der Torf und große Mengen von Treibhausgasen gelangen in die Atmosphäre. In Deutschland stammten derzeit jährlich mehr als 40 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) aus der landwirtschaftlichen Nutzung von Moorböden. Leider ist die Moorschutzstrategie, die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbart war, gescheitert, weil keine Einigung zwischen Umweltministerium und Landwirtschaftsministerium zu Stande kam. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Moorschutzstrategie in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt wird?

Dass sich Umwelt- und Landwirtschaftsministerium in bestimmten Punkten nicht einig werden, ist leider kein Einzelfall. Ich bedauere die rückwärtsgewandte Haltung des BMEL – nicht nur in Bezug auf die hier angesprochene Moorschutzstrategie – zutiefst. Die uns umgebenden Moore sind für mich von herausragender Bedeutung. Klar für mich ist: Wir müssen die bereits zerstörte Natur wiederherstellen. Die Vereinten Nationen haben die Jahre 2021-2030 zur VN-Dekade zur Wiederherstellung von Ökosystemen erklärt. Ökosystemwiederherstellung soll als Querschnittsthema die Bemühungen unter den drei Rio-Konventionen verbinden und als Pfad zur Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele dienen. Als zukünftige Bundestagsfraktion wollen wir uns dafür einsetzen, dass Deutschland dieses Jahrzehnt nutzt und in der Renaturierung ambitioniert vorangeht. Die Wiederherstellung von Natur ist eine komplexe Aufgabe, teuer und von verschiedenen Interessen geprägt, aber langfristig wird sie sich lohnen und letztlich auch unausweichlich sein. Unser Plan ist, die Renaturierung von Mooren, Flussläufen und weiteren Bereichen mit dem Bundesprogramm „Blaues Band“ zeitnah voranzubringen.

5. Der Zustand der Brutvogelarten in Deutschland ist mit über 30 vom Aussterben bedrohten Vogelarten kritisch zu bewerten. Die Hälfte aller Vogelarten gilt als gefährdet. Die Insektenbiomasse ist sogar um 80 % drastisch zurückgegangen. Welche Maßnahmen würden Sie umsetzen, um Fortschritte erzielen zu können?

Hier stimme ich Ihnen vollkommen zu. Auch mich stimmt das zunehmende Vogelsterben bzw. der enorme Rückgang der sog. Insektenbiomasse sehr nachdenklich. Hier stelle ich leider immer wieder fest, dass die Bemühungen unserer SPD-Umweltministerien Svenja Schulze und unserer SPD-Tierschutzbeauftragten Susanne Mittag, durch offensichtlich rein wirtschaftsgetriebene Interessen der CDU/-CSU-Fraktion und ihrer Bundeslandwirtschaftsministerin zunichte gemacht werden. Leider ist das, das wissen Sie, nicht erst seit heute so. Umso mehr erhoffe ich mir von der kommenden

Regierung, an der ich als Mitglied der künftigen SPD-Bundestagsfraktion hoffentlich partizipieren werde, einen sehr viel energischeren Einsatz für die Artenvielfalt in unserem Land, auf unseren Feldern und grundsätzlich bei uns in der Region. Natürlich immer verbunden mit einem engen Dialog zwischen allen beteiligten Akteuren.

6. Pro Tag werden immer noch ca. 56 ha Fläche durch neue Baugebiete, Gewerbegebiete oder Straßen verbraucht. Ziel der jetzigen Bundesregierung war es, den Flächenverbrauch auf 30 ha pro Tag zu reduzieren. Wie stehen Sie dazu?

Sicher, eine Reduzierung des Flächenverbrauchs kann vielfältige Chancen bieten. Den hier beschriebenen Versuch, den „täglichen“ Flächenverbrauch enorm zu deckeln, ist ja zudem eine Idee, die mehrere Jahrzehnte alt ist. Auch ich sehe diese Form der stetigen Flächenversiegelung kritisch. Hier muss es uns darum gehen, Anreize zu schaffen, weniger „in die Fläche“, sondern vielmehr „in die Höhe“ zu bauen. Dafür gibt es bereits diverse sozialdemokratisch geprägte Förderprogramme, die solche Bauweisen unterstützen. Aber auch „wir“ als (zum Teil kommunale) Mandatsträger:innen müssen immer wieder einfordern, den Flächenverbrauch durch Neubauten und Erschließungen in einem verkraftbaren Umfang zu halten. Insbesondere müssen wir die Schaffung von Ausgleichsflächen stärker berücksichtigen.

7. Nach § 63 des Bundesnaturschutzgesetzes sind anerkannte Naturschutzverbände zu beteiligen, indem sie Stellungnahmen abgeben oder Einsicht in Sachverständigengutachten gewährt wird. Wie kann die Mitwirkung anerkannter Naturschutzverbände aus Ihrer Sicht in der Praxis verbessert werden und welchen Stellenwert haben für Sie die anerkannten Naturschutzverbände?

Die anerkannten Naturschutzverbände leisten aus meiner Sicht einen enorm wichtigen Beitrag auf vielen Ebenen. Wenn sich diese zum Beispiel bei Verfahren und Ausschreibungen innerhalb meiner Heimatgemeinde Ritterhude einbrachten, habe ich die abgegebenen Stellungnahmen immer mit großem Interesse verfolgt und aus ihnen auch oftmals entsprechende Handlungsempfehlungen ableiten können. Ich kann hier nur jede und jeden in politischer Verantwortung ermutigen, ebenso zu handeln und zu jeder Zeit das fachpolitische Gespräch mit den beteiligten Verbänden zu suchen.

8. Die derzeitige Form der Landwirtschaft ist der Hauptgrund für den Artenschwund. Der NABU fordert daher, die Agrarsubventionen mehr an die Bewirtschaftungsweise zu koppeln. Je umweltfreundlicher gewirtschaftet wird, desto höher sollen die Subventionen sein. Wie stehen Sie dazu?

Wir als SPD wollen weg von der Flächenprämie und hin zum Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“: Landwirt:innen leisten aus meiner Sicht den grundlegenden Beitrag für unser aller Ernährung mit guten, gesunden und frischen Lebensmitteln. Landwirt:innen können dabei aber gleichzeitig viele weitere Leistungen erbringen, die für unsere ganze Gesellschaft lebenswichtig sind: Sie können wesentlich dazu beitragen, das Grundwasser, die Bäche, Flüsse und Seen vor schädlichen Nährstoffeinträgen zu schützen. Sie können helfen, weniger Treibhausgase auszustoßen, und sogar Kohlenstoff aus der Luft wieder in unseren Mooren und im Bodenumus zu binden. Vor allem sind sie die geborenen Partner:innen, um die besondere Artenvielfalt der ländlichen Kulturlandschaften lebendig zu halten. Die Arbeit in der Landwirtschaft versorgt uns somit nicht nur mit Lebensmitteln, sondern erringt zugleich wichtige Ökosystemdienstleistungen. Landwirt:innen können diese Leistungen aber nicht zum Nulltarif erbringen. Sie verdienen Wertschätzung und einen fairen finanziellen Ausgleich – der aus meiner Sicht gerne auch an umweltfreundliche Kriterien gekoppelt sein kann.